



Bayern muss sozialer werden.

Forderungen des Sozialverbands VdK Bayern zur Landtagswahl 2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 14. Oktober 2018 ist Landtagswahl in Bayern. Die Bevölkerung lebt hier, wenn man der aktuellen bayerischen Regierung glauben möchte, im weiß-blauen Paradies. Doch die Idylle zeigt deutliche Risse. Die soziale Spaltung nimmt zu. Altersarmut, Pflegebedürftigkeit, Krankheit und Behinderung: Selbst in einem wirtschaftlich starken Land wie Bayern führen solche Schicksale immer mehr Menschen ins Abseits.

„Soziales Bayern jetzt!“, fordert der Sozialverband VdK Bayern in seiner Aktion zur Landtagswahl 2018. Besonderen politischen Handlungsbedarf sieht der VdK bei der Armutsbekämpfung, der Realisierung von Barrierefreiheit und der Entwicklung des ländlichen Raums. Hier kann und muss sich die bayerische Politik deutlich verändern. Als größter Sozialverband mit 670.000 bayerischen Mitgliedern werden wir die Landtagskandidatinnen und -kandidaten, die sich im Herbst zur Wahl stellen, bei zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen mit unseren Forderungen konfrontieren.

Bayern muss sozialer werden: Machen Sie mit!

Ihre

Ulrike Mascher, VdK-Landesvorsitzende



unabhängig. solidarisch. stark.

SOZIALVERBAND

VdK

BAYERN





Armut und Ausgrenzung wirksam bekämpfen

Trotz guter Konjunktur steigen in Bayern die Armutszahlen quer durch die Altersgruppen an. Besonders erschreckend sind die hohe Kinderarmut und die zunehmende Armut Älterer. Im Freistaat wachsen fast sieben Prozent aller Kinder und Jugendlichen mit Grundsicherungsleistungen („Hartz IV“) auf, und jede vierte Rentnerin ist armutsgefährdet. Der VdK Bayern fordert:

- **Mütterrente angleichen**

Auch auf Initiative des VdK Bayern konnte das zweite Jahr der Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder durchgesetzt werden. Nun muss die Gerechtigkeitslücke ganz geschlossen werden. Der Sozialverband VdK fordert drei Rentenpunkte pro Kind – ohne Wenn und Aber. Es darf nicht Mütter erster und zweiter Klasse geben.

- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Nach vielen Jahren des Stillstands und Rückbaus müssen deutlich mehr Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen entstehen.

- **Familien fördern**

Durch den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten von der Krippe bis zum Hort muss es vor allem Müttern ermöglicht werden, wieder in den Beruf zurückzukehren. Das beugt Familienarmut und späterer Altersarmut am besten vor.

- **Arbeit fair entlohnen und Alterssicherung ermöglichen**

Bayern ist ein Niedriglohnland. 83.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihren Lohn vom Jobcenter aufstocken lassen und kommen trotz Arbeit nicht aus der Armut heraus. Ein Teufelskreis: Aus kleinen Einkommen werden später kleine Renten, die der Staat ebenfalls bezuschussen muss. Prekären Beschäftigungsverhältnissen muss deshalb ein Riegel vorgeschoben werden.

- **Armut politisch bekämpfen**

Bayern hat in der Bundesregierung und im Bundesrat starken Einfluss. Dieser sollte für notwendige Weichenstellungen genutzt werden. Also für die Anhebung des Rentenniveaus, einen höheren Mindestlohn, eine Neuberechnung und Differenzierung der Grundsicherungssätze für Kinder, Erwachsene und alte Menschen sowie die notwendige Anpassung von Sozialleistungen wie dem Wohngeld.



In armen Familien wird beim Heizen gespart.

Barrierefreiheit endlich umsetzen

Bis zum Jahr 2023 soll Bayern barrierefrei sein. Das hatte Ministerpräsident Horst Seehofer 2013 versprochen. In der Regierungserklärung seines Nachfolgers Markus Söder im April 2018 ist davon nichts mehr zu lesen. Doch Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht, das unabhängig von Personen und Parteien umgesetzt werden muss.

Der VdK Bayern fordert:

- **Mehr Geld bereitstellen**

Das Versprechen der Staatsregierung steht, dass bis 2023 der gesamte öffentliche Raum und insbesondere der gesamte öffentliche Personennahverkehr barrierefrei ausgebaut

staltet sein wird. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel wurden bislang aber nicht zur Verfügung gestellt. Diese Gelder müssen endlich freigegeben werden.

- **Zur Barrierefreiheit verpflichten**

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist geltendes Recht. Sie muss in Bayern endlich überall umgesetzt werden. Auch Wohnungen, Schulen, Universitäten, Arbeitsplätze und Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser und Arztpraxen müssen barrierefrei zugänglich sein. Insbesondere private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen müssen zur Barrierefreiheit verpflichtet werden. Mit gezielten Förderungen des Freistaats sollte Bayern hier zum Vorreiter in Deutschland werden.

- **Inklusion an Schulen fördern**

Der VdK fordert eine Schule für alle in Bayern. Bislang ist der gemeinsame Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine große Ausnahme und für die Eltern oftmals nur mit hohem Kraftaufwand durchzusetzen. Die inklusive Schule ist aber ein wesentlicher Baustein, um gesellschaftliche Teilhabe zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Es muss eine echte Wahlfreiheit für Eltern geben. Für jede Schulart müssen Teams aus Fach- und Sonderpädagogen für ein optimales Lernumfeld für alle Schülerinnen und Schüler sorgen. Davon profitieren letztlich alle Kinder.

- **Gehörlosengeld einführen**

In Bayern wird bereits ein Blinden- und Sehbehindertengeld bezahlt, um den behinderungsbedingten finanziellen Mehraufwand abzufedern. Der VdK Bayern fordert, entsprechend dazu ein bayerisches Gehörlosengeld einzuführen.

- **Betroffene einbeziehen**

Senioren- und Behindertenbeauftragte sind in den Kommunen wichtige Ratgeber und Unterstützer zur Umsetzung von Barrierefreiheit. Sie sollten bei jedem Bauvorhaben in jeder Phase, von der Planung bis zum Bau, verpflichtend einbezogen werden, damit die Bedürfnisse älterer und behinderter Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.



Mobilität für alle scheitert oft an Stufen.

Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land schaffen

Mehr als die Hälfte der bayerischen Bürgerinnen und Bürger lebt auf dem Land. Doch immer mehr zieht es in die Städte, und der ländliche Raum droht zu verfallen. Vor allem die ältere Bevölkerung ist regelrecht abgehängt: kaum Busse und Bahnen, weite Wege zu Ärzten und Apotheken, kein Supermarkt und keine Bank mehr weit und breit.

Der VdK Bayern fordert:

- **Verfassungsauftrag umsetzen**

Seit 2013 hat die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern Verfassungsrang. Gerade Ältere und Menschen mit niedrigem Einkommen laufen aber große Gefahr, in ländlichen Regionen auf der Strecke zu bleiben. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit in allen Regionen lebendige Dörfer erhalten bleiben.

- **Gesundheit aufs Land bringen**

Jede Woche muss in Bayern eine Hausarztpraxis mangels Nachfolger schließen. Auf dem Land ist das besonders fatal. Staatliche Fördermaßnahmen und eine realistische Bedarfsplanung müssen dafür sorgen, dass sich genügend Ärzte niederlassen wollen. Da häufig auch kleine Kran-

kenhäuser schließen, müssen die Lücken etwa mit Gesundheitszentren geschlossen werden, die unter einem Dach verschiedene Facharztpraxen und Therapieangebote vereinen.

- **Unternehmen und Handwerk fördern**

Arbeitsplätze vor Ort sind die beste Absicherung gegen die Verödung auf dem Land. Wo Arbeit ist, bleiben junge Menschen und erhält sich die Infrastruktur. Die Staatsregierung muss Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich im ländlichen Raum ansiedeln wollen, gezielt fördern. Dazu gehören finanzielle Hilfen, aber auch der Ausbau von Verkehrswegen und des digitalen Netzes.



- **Pflegerische Versorgung verbessern**

Der VdK begrüßt zwar die Ankündigung der Staatsregierung, 500 Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Diese müssen aber auch in den ländlichen Regionen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das Angebot an ambulanter Pflege ausgebaut werden. Auf dem Land sind die Wege oft so weit, dass es sich für Pflegedienste finanziell nicht lohnt, Patienten zu versorgen, die abseits wohnen. Oftmals müssen Pflegebedürftige dann sogar in ein Pflegeheim umziehen.

- **Unterstützung ausbauen**

Der VdK fordert, pro Landkreis einen Pflegestützpunkt einzurichten, um für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen neutrale Anlaufstellen für die Beratung in allen Pflegefragen zu schaffen. Hier sollten auch die Informationen über Betreuungs- und Entlastungsangebote, etwa für Haushaltshilfen, zusammengeführt werden. Auf diese besteht bereits ab



Ohne Nachfolger müssen viele Landarztpraxen schließen.

Pflegegrad 1 in häuslicher Pflege ein Rechtsanspruch – unabhängig vom Wohnort. Der VdK fordert den Freistaat auf, die bislang absurd hohen bürokratischen Hürden für Anbieter solcher Dienstleistungen abzubauen.



**Sie wollen die VdK-Forderungen unterstützen?
Machen Sie mit bei unserer Aktion zur Landtagswahl!**

**Was aktuell geplant ist, erfahren Sie bei Ihrem
VdK-Kreisverband vor Ort oder im Internet unter
www.vdk-bayern.de**

**Jetzt VdK-Mitglied werden –
für ein soziales Bayern!**

Der Sozialverband VdK mischt sich ein in die aktuelle Sozialpolitik, damit soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität nicht auf der Strecke bleiben. Werden Sie Teil unserer starken Gemeinschaft, um Bayern sozialer zu gestalten. Denn als größter Sozialverband können wir die Interessen unserer Mitglieder in der Renten-, Pflege-, Gesundheits- und Behindertenpolitik erfolgreich vertreten. Als Mitglied profitieren Sie außerdem von der Kompetenz der VdK-Sozialrechtsberatung in 69 bayerischen Kreisgeschäftsstellen.

Mehr Informationen:
Sozialverband VdK Bayern
Schellingstraße 31
80799 München
Telefon 089 / 2117-0
bayern@vdk.de
www.vdk-bayern.de

SOZIALVERBAND

VdK

BAYERN



unabhängig. solidarisch. stark.